

Frühjahrs-Medienkonferenz

Donnerstag, 3. April 2008

Es gilt das gesprochene Wort

Mit weiteren Steuerreformen die Schweiz stärken

Zur aktuellen Wirtschaftslage und zu den steuerpolitischen Prioritäten

Gerold Bührer, Präsident economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Gestatten Sie mir zunächst ein paar Worte in eigener Sache. Im vergangenen Jahr hat economiessuisse eine neue Strategie verabschiedet. Die Umsetzung dieser Strategie ist in vollem Gange. An einer Klausursitzung hat der Vorstand am vergangenen Montag die strategische Mehrjahresplanung diskutiert und verabschiedet. Die Mehrjahresplanung basiert auf unserer neuen Strategie mit der thematischen Fokussierung auf Kernthemen und dem kontinuierlichen Campaigning. An der gleichen Sitzung hat der Vorstand die neue Beitragsordnung einstimmig verabschiedet. Sie basiert auf einer einheitlichen Bemessungsgrundlage für alle Branchen und regelt die Finanzierung des Kampagnenfonds. Waren bis anhin wenige grosse Mitglieder an der Finanzierung des Kampagnenfonds beteiligt, so leisten heute alle Mitglieder im Rahmen der erzielten Kostenreduktion bei economiessuisse von 25 Prozent einen Beitrag dazu. Zudem dürfen wir uns glücklich schätzen, dass der Mitgliederbestand von economiessuisse weiter wächst.

Seit unserer Medienkonferenz vom 7. Dezember 2007 über den Konjunkturausblick haben sich die Turbulenzen auf den Finanz- und Immobilienmärkten verschärft. Die Erkenntnis wird mittlerweile in breiten Kreisen geteilt, dass sich das weltwirtschaftliche Wachstum verlangsamen wird. economiessuisse hat vor dem Hintergrund verschiedener Indikatoren ihre Wachstumsprognose für 2008 bereits im Dezember 2007 mit 1.5 bis 1.7 Prozent auf tieferem Niveau festgelegt. Auch mit Blick auf die anhaltende weltwirtschaftliche Verunsicherung sehen wir keinen Grund, die Wachstumsprognose zu revidieren. Gelegentlich wird in diesem Zusammenhang die These der Abkoppelung der Weltwirtschaft von den USA vertreten. Ich werde darauf noch zurückkommen.

Zunächst aber ein kurzer Blick zurück: Die gute Konjunktur dauert schon mehr als vier Jahre. Die Schweizer Wirtschaft hat stark von der robusten Weltkonjunktur profitiert. Nebst der gestärkten Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen waren auch wirtschaftspolitische Reformen für diesen Aufschwung verantwortlich: Die bilateralen Verträge haben es den Schweizer Unternehmen ermöglicht, qualifizierte Arbeitskräfte aus dem EU-Raum zu gewinnen. So konnte die grosse Nachfrage nach

Schweizer Produkten und Dienstleistungen befriedigt werden. Es zeigt sich wieder einmal deutlich, wie wichtig gute Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Prosperität und Arbeitsplätze sind.

Der Standortwettbewerb wird aber auch in Zukunft hart bleiben. Die Rahmenbedingungen müssen daher immer wieder angepasst und verbessert werden. Am Wichtigsten sind nach wie vor solide Finanzen, attraktive Steuern, ein uneingeschränkter Zutritt auf den ausländischen Märkten, ein intensiver Wettbewerb, die hohe Qualität von Bildung und Forschung sowie ein flexibler Arbeitsmarkt. Mit Blick auf die möglichen Referenden kommt der Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit der EU eine zentrale Bedeutung zu.

Unsicherheit durch Subprime-Krise

Die Kredit- und Immobilienkrise in den USA zieht immer weitere Kreise. Nach wie vor besteht Unsicherheit darüber, wie gross der Wertberichtigungsbedarf im Bankensystem schliesslich sein wird und wie lange die Krise in den USA anhält. Was uns aber die Erfahrung lehrt: Immobilienkrisen dauern nicht nur einige Monate, sondern wesentlich länger. Auch wenn der amerikanische Immobilienmarkt liquider und anpassungsfähiger ist als derjenige in Westeuropa, wird die Bereinigung noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Da die Übertreibungen auf den US Immobilien- und Finanzmärkten erheblich waren, darf der drastische Einbruch nicht erstaunen. Die Subprime-Krise, welche seit Längerem auf andere Bereiche des Finanzmarkts übergegriffen hat, betrifft die Weltwirtschaft in verschiedener Hinsicht.

Im Zusammenhang mit dem Strudeln einzelner Institute in den USA und in Grossbritannien wird jüngst intensiv über die Funktionen des Staats diskutiert. Zur Rolle der Zentralbanken, bzw. der staatlichen Finanzpolitik, möchte ich folgendes festhalten: selbstverständlich haben die Zentralbanken allein schon aufgrund ihres gesetzlichen Auftrages Vorkehrungen für eine ausreichende Liquidität des Geldmarktes zu schaffen. Die Zentralbanken müssen aber über solche kurzfristig angelegten Aktionen hinaus dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet bleiben. Es wird daher zu beobachten sein, ob die geldpolitische Neutralisierung solcher Liquiditätsspritzen insbesondere in den USA später auch erfolgt.

Erstens kann es nämlich nicht im volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse liegen, wenn als Folge solcher Stützungsmaßnahmen die Saat für einen späteren Inflationsschub gelegt wird. Zweitens kann es aus marktwirtschaftlicher Sicht ebensowenig akzeptiert werden, dass die als Folge früherer Übertreibungen nun auftretende Strukturbereinigung der Branche durch staatliche Stützungsmaßnahmen aufgehalten wird. Damit würde geradezu eine Ermunterung zugunsten hoch riskanter Geschäftsmodelle gegeben. Primär hat die Branche selbst auf globaler Ebene die Herausforderungen zu meistern. Dazu gehören zweifelsohne auch Korrekturen bei falschen Anreizen, wie asymmetrischen Bonussystemen. Weiter ist eine ausgewogene Balance zwischen mathematischen Risikomodellen und traditioneller Beurteilung qualitativer Faktoren zu finden. Bei allem Respekt für mehr Transparenz, eine Symptomtherapie im Sinne massiver staatlicher Regulierung würde die Erwartungen kaum erfüllen.

USA – Weltwirtschaft: keine Abkoppelung

Zur Frage der Abkoppelung der Weltwirtschaft von den rezessiven Tendenzen in den USA: allein schon die Grössenordnungen machen deutlich, dass eine solche Theorie kaum realistisch ist. Obwohl der Anteil der US-Wirtschaft am weltweiten BIP in den vergangenen Jahrzehnten von der Hälfte auf ein Viertel abgenommen hat, bleibt das Gewicht nach wie vor bedeutend. Die BRIC-Staaten beispielsweise kommen insgesamt lediglich auf ein BIP von knapp der Hälfte desjenigen der USA. Von daher ist allein schon offensichtlich, dass der Wachstumsrückgang in den USA nicht durch diese Länder kompensiert werden kann. Dazu kommt, dass beispielsweise auch in China und anderen emerging Countries, auf hohem Niveau zwar, eine leichte Wachstumsverlangsamung ansteht. Zudem

werden die US-Finanzmarkturbulenzen über den Atlantik, bzw. Pazifik, hinweg Auswirkungen auf die Realwirtschaft haben. Insbesondere die Exporte und die Investitionsneigung werden davon tangiert. Auftragsbestände und Beschäftigung der Schweizer Unternehmen sind nach wie vor gut. Auch die Schweizer Wirtschaft wird aber im laufenden Jahr die weltweite Nachfrageabschwächung zu spüren bekommen. Eine Rezession steht jedoch nicht an. Allerdings wird insbesondere die Export- und Investitionsdynamik nachlassen. Die Schweizer Unternehmen sind jedoch gut positioniert und sollten trotz der jüngsten Aufwertung des CHF gegenüber dem Euro und dem Dollar ihre Marktanteile zumindest halten können. Bei Qualitätsprodukten, Spezialitäten und Luxusprodukten darf die Preiselastizität der Nachfrage ohnehin nicht überschätzt werden. Dazu kommt, dass der inländische Konsum aufgrund der guten Arbeitsmarktlage vorerst eine Stütze bleiben wird.

Attraktive Steuern als Wachstumsmotor

Mit der Frage des langfristigen Wirtschaftswachstums eng verbunden ist jene der Steuern. Eine attraktive Steuerpolitik ist gerade für die Schweiz ein Wachstumsmotor. Um im internationalen Standortwettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben, muss die Schweiz ihr Steuersystem systematisch optimieren und Nachteile abbauen. Steuerpolitik ist eine Daueraufgabe. Die Kantone sind seit Jahren aktiv und reformieren ihre Steuersysteme. Damit sind positive Transmissionsimpulse für die gesamte Volkswirtschaft verbunden.

Auf Stufe Bund hat die Unternehmenssteuerreform I von 1997 vor allem Verbesserungen für die grosskapitalisierten Unternehmen und die Holdings gebracht. Die daran anschliessende Unternehmenssteuerreform II hat im Schwergewicht die steuerlichen Rahmenbedingungen für KMU verbessert. Eine alte Forderung der Wirtschaft wurde am 24. Februar 2008 erfüllt: Die Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung der Dividenden und die Erleichterungen von Unternehmensübergaben.

In den vergangenen zehn Jahren sind innerhalb der OECD und der EU die Unternehmenssteuersätze deutlich gesenkt worden. Alleine in den Staaten der EU sank der durchschnittliche Unternehmenssteuersatz seit 2000 von knapp 34 % auf heute etwas über 27 %. Nicht zuletzt deshalb stellt sich heute auch für die Schweiz trotz des nach wie vor tieferen Steuersatzes von durchschnittlich 21,3% die Frage nach einer Folgereform: Was ist notwendig, um die steuerliche Attraktivität des Standorts Schweiz zu erhalten und zu stärken? Der Trend sinkender Gewinnsteuersätze lässt sonst die Steuervorteile der Schweiz erodieren. Weitere Massnahmen auf Bundes- und Kantonsebene sind daher mittelfristig notwendig. Berücksichtigt man, wie lange es braucht, bis Steuerreformen in der Schweiz vor allem auf Bundesebene realisiert werden können, wird klar, dass heute dieser Prozess in Gang gesetzt werden muss. Es ist daher zu begrüessen, dass sich das Eidg. Finanzdepartement an die Arbeit gemacht hat.

Prioritäre steuerpolitische Forderungen

economiesuisse beschäftigt sich seit Jahren mit der Frage der Unternehmensbesteuerung. Bereits im „Steuerkonzept für die Schweiz“ vom Jahr 2000 wurden wichtige Reformen im Unternehmenssteuerbereich vorgeschlagen. Ein Teil der Reformen wurde mit der Unternehmenssteuerreform II eingelöst. In der Steuerstudie von 2004 „Wettbewerb und Dynamik in der Steuerpolitik: internationaler Vergleich wichtiger Reformen und Rückschlüsse für die Schweiz“ wurden die Forderungen überprüft und ergänzt. Diese Grundlagenstudien sowie die Berücksichtigung aktueller Trends haben uns dazu bewogen, eine Reformagenda zu lancieren.

Aus Sicht der Wirtschaft muss eine Unternehmenssteuerreform folgende, prioritäre Forderungen enthalten:

- substantielle Absenkung der **Gewinnsteuersätze** für alle Unternehmen
- Beseitigung der **Emissionsabgabe** auf dem Eigenkapital und Fremdkapital
- **Technisch orientierte Massnahmen** zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, namentlich in den Bereichen:
 - **Verlustverrechnung** für Konzerngesellschaften in der Schweiz
 - Abbau von Steuerhindernissen für den **Finanzplatz Schweiz**
- Massive Vereinfachung und Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer

Konkrete Reformvorlagen des Bundesrats sind im Interesse von Wachstum und Arbeitsplätzen nötig. Sie sollten auch nicht gegen ein anderes legitimes Interesse, jenes der Entlastung der Familien mit Kindern ausgespielt werden. Ferner sind die Reformaktivitäten auf kantonaler Ebene zur Reduktion der Gewinn- und Kapitalsteuern zu unterstützen.

Was die Frage des finanziell Verkräftbaren betrifft, ist die Unternehmenssteuerreform I der beste Beweis dafür, dass sich eine Attraktivitätssteigerung ausbezahlt: die entsprechenden Steuereinnahmen haben sich seither von etwa 8 Mrd. CHF auf über 16 Mrd. CHF erhöht. Dies zeigt, Steuerpolitik ist mehr denn je als eine Investition in die Zukunft zu verstehen.

Unabhängig von Brüssel

Gelegentlich wird argumentiert, eine künftige Steuerreform müsse vom Gang des Dialogs in Sachen EU-Steuerstreit abhängig gemacht werden. Die Position der Wirtschaft ist jedoch über Jahre hinweg unabhängig vom Streit mit Brüssel entwickelt worden. Die schweizerische Steuersouveränität im Allgemeinen und die kantonalen Steuerregimes im Speziellen sind weiterhin dezidiert zu verteidigen und nicht verhandelbar. Die Rechtslage aufgrund des Freihandelsabkommens von 1972 ist eindeutig. Präjudizien dürfen nicht geschaffen werden. Die Schweiz führt den Steuerreformprozess autonom, massgeblich sind die internationale Dynamik und die sich daraus ergebenden Herausforderungen zur Wahrung nationaler Interessen. Auch das Bankkundengeheimnis – als demokratisch legitimierter Schutz der Privatsphäre – steht nicht zur Disposition. Die Schweiz tut gut daran, sich nicht von ausländischen Unterstellungen und Drohgebärden beeinflussen zu lassen. Unsere auf Vertrauen zwischen Bürger und Staat basierende Kultur hat sich auch in Sachen Steuern bewährt.